

SOZIALPOLITIK

ARENDT

Offene Bücher

Am Freitag dieser Woche wird der Bonner Arbeitsminister Walter Arendt in den Kohlenpott zurückkehren. Bei der Bundesknappschaft in der Zechenstadt Bochum, wo er vor seinem Eintritt in das Kabinett Brandt als Bergarbeiter-Führer tätig war, darf der weißhaarige Mittvierziger erstmals auf uneingeschränktes Lob für seine Ministerarbeit rechnen.

Vor Ort wird Arendt einigen ausgewählten Knappen ein in der deutschen Sozialpolitik bisher unbekanntes Papier überreichen: Kontoauszüge, aus denen die Versicherten der Bundesknappschaft als erste Renten-Anwärter unmittelbar jene Versorgungsansprüche ablesen können, die sie mit ihren bisher gezahlten Beiträgen erworben haben.

Arendts Konto-Extrakt, den er später auch allen übrigen 26 Millionen Mitgliedern der sozialen Alterskassen zustellen will, verspricht ein politischer Bestseller zu werden.

Bislang standen die Versicherten ratlos vor einem komplizierten System sogenannter Ausfall-, Ersatz- und Zurechnungszeiten, allgemeiner und persönlicher Bemessungsgrundlagen, Beitragsjahre und Steigerungssätze, nach denen sich ihre Rente bemisst.

Unbekannt blieb ihnen bis zum Ende ihres Arbeitslebens, wieviel Altersruhegeld sie zu erwarten hatten. Die Errechnung ihrer Rente oblag einer elefantenhaften Bürokratie, in deren Gewölben 600 Millionen handschriftlich ausgefüllte Versicherungskarten modern. So nimmt es nicht wunder, daß bis auf den heutigen Tag immer wieder fehlberechnete — oft zu niedrige — Renten ausbezahlt werden.

Die neue offene Renten-Buchführung ist jedoch nur Teil einer sozialpolitischen Offensive, mit der Arendt den Anspruch seiner Parteifreunde, eine Regierung der inneren Reformen zu sein, rechtfertigen will.

Vor Monatsfrist bereits hatte er den „lieben Freunden“ von der SPD-Fraktion im Bundestag eine schriftliche Erfolgsstatistik zugestellt. Darin hob der Minister die um durchschnittlich 1,5 Milliarden Mark jährlich verbesserte Kriegsoferversorgung und die beitragsfreie Krankenversicherung der Rentner (im Gegenwert von fast 800 Millionen Mark) rühmend hervor. Arendt schloß die Bilanz seiner ersten sechs Amtsmonate in der Hoffnung, „daß diese Zusammenstellung für Eure Versammlungstätigkeit in der nächsten Zeit nützlich sein kann“.

„Trassen und Perspektiven“ (Arendt) seines zukünftigen politischen Wirkens zeichnete der Minister in einem zweiteiligen Reformwerk, das am letzten Donnerstag vom Kabinett mit nur leichten redaktionellen Änderungen genehmigt wurde: Sozial-Budget und Sozialbericht 1970.



Arbeitsminister Arendt
Pensionen ohne Fessel

In dem umfangreichen Text- und Zahlenwerk kündigt Arendt an, die Summe aller westdeutschen Sozialleistungen solle von 123 Milliarden Mark im Jahr vor seinem Amtsantritt auf 179 Milliarden Mark im Wahljahr 1973 steigen. Seine wichtigsten Vorhaben:

- ▷ Die bisher starre Pflichtgrenze in der sozialen Krankenversicherung (derzeit bei 1200 Mark Monatseinkommen), bis zu der die Arbeitgeber die Hälfte des Beitrages zahlen, soll kräftig angehoben und überdies nach dem Vorbild der Rentenversicherung jährlich automatisch an die steigenden Löhne und Gehälter angepaßt werden;
- ▷ in der gesetzlichen Rentenversicherung will Arendt die festen Altersgrenzen (für Männer bisher 65 Jahre, für Frauen 60) abschaffen und es den Versicherten freistellen, ob sie sich — mit einer etwas geringeren Rente — vorzeitig zur Ruhe setzen wollen.

Doch nicht nur den Kranken und Alten, sondern auch den aktiven Mitgliedern der westdeutschen Erwerbsgesellschaft verspricht Arendt gesetzgeberische Wohltaten. Noch in diesem Jahr wird sein Haus erstmals einen umfassenden Bericht über die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik vorlegen. Gleichzeitig will er dem Bundestag Pläne zuleiten, wie die schiefe Eigentumsordnung doch noch gerichtet werden könne; beispielsweise durch eine gesetzliche Beteiligung der abhängig Beschäftigten an den Gewinnen der Unternehmer.

Auch die Versorgungs-Zusagen der Firmen an ihre Arbeitnehmer sollen nicht länger eine „goldene Fessel“ bleiben, so Arendts Sozialplaner Dr. Alfred Christmann. In der Tat haben die meisten abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik derzeit nur dann einen Anspruch auf Betriebspension, wenn sie bis zum Erreichen der Al-

tersgrenze an dem einmal gewählten Arbeitsplatz ausharren. Scheiden sie vorzeitig aus, gehen sie der Firmen-Zusage verlustig.

Dieses System brachte den Unternehmen bislang weit mehr Vorteile als Lasten. Denn die in sogenannten Pensionsrückstellungen reservierten Beträge — insgesamt ist in der westdeutschen Wirtschaft ein gewaltiger Block von etwa 40 Milliarden Mark für diesen Zweck zurückgestellt oder in betriebliche Pensions- und Unterstützungskassen eingebracht — können steuerbegünstigt vom Gewinn abgesetzt werden und bleiben als eine Art zinsloses Darlehen in den Firmen stehen.

Angesichts der beträchtlichen Fluktuation in den Industriebetrieben aber kommt nur ein Bruchteil der Arbeitnehmer in den unbeschränkten Genuß des verheißenen Ruhegeldes. In der Realität ähneln die Pensionsrückstellungen daher Eigenkapital der Unternehmer weit eher als Sozialkapital.

Arendt will diesen seit 20 Jahren liebevoll konservierten Makel der betrieblichen Altersversorgung beseitigen. Steuerbegünstigt sollen Pensionsrückstellungen der Firmen in Zukunft nur noch dann sein, wenn die Ansprüche der Arbeitnehmer beim Stellenwechsel nicht verfallen.

SPIONAGE

GENSCHER

Goldene Brücke

Die Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ im Bonner Innenministerium erhielt Damenbesuch. „Ich möchte mich endlich melden“, erklärte eine resolute Witwe aus Süddeutschland und berief sich auf die „Bild“-Schlagzeile vom 3. April: „Spione, meldet euch! Der Minister baut euch eine goldene Brücke.“ Dann packte sie aus.

Indes, die Weltgereiste offenbarte keine landesverräterischen Beziehun-



Innenminister Genscher
Appell an Spione

gen; sie hatte nur Ärger mit ihrer Rente.

Dies war das erste Echo auf den Appell von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher an Westdeutschlands Landesverräter, sich freiwillig den Verfassungsschutzämtern oder der Kripo zu stellen, um einer Strafverfolgung zu entgehen.

Die Idee zur „Goldenen Brücke“ war dem freidemokratischen Innenminister gekommen, als ihm seine Sicherheitsbehörden „eine Reihe von Anzeichen einer gewissen Unsicherheit“ bei Agenten meldeten. Genscher: „Die Leute befürchten, daß die Behörden mehr wissen, und fragen sich, wie komme ich aus dem Schlamassel noch heraus.“

Nach Absprache mit Justizminister Gerhard Jahn und Billigung durch das Bundeskabinett machte Genscher in einem „Bild“-Interview den Spionen Angst und Hoffnung: „Wer sich auf diese Brücke begibt, eröffnet sich die Chance, ohne Strafe davonzukommen. Wer weiter arbeitet und entdeckt wird, muß mit harter Strafe rechnen.“

Der Innenminister glaubt an die Agentenreue in einem besonders günstigen Augenblick appelliert zu haben. Genscher: „Unter denen, die noch nicht gefaßt sind, herrscht doch totale Unsicherheit.“

Tatsächlich hatten die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik in den vergangenen drei Monaten neun Agenten gefaßt, so

➤ die Kölner Lagerkontoristin Liane Lindner alias Ingeborg Weber, weiblicher Führungsoffizier der DDR-Hauptverwaltung Aufklärung seit 1961;

➤ Irene Schultz, Chefsekretärin bei zwei Bundesforschungsministern; sie beschaffte für Liane Lindner Ablichtungen der Protokolle von Kabinettsitzungen;

➤ Dr. Heinrich Wiedemann, 80, Geschäftsführer einer Beamten-Hilfe-Vereinigung, der mit Irene Schultz die Wohnung teilte; Wiedemann konnte den Ost-Berlinern mit Auskünften über verschuldete und daher auf Nebeneinkünfte ansprechbare Beamte dienen.

Ferner wurden der Ost-Berliner Agenteninstrukteur Hasso Schlesinger, der Bundeswehroberfeldwebel Hugo Preisler in München, Rolf Hartmann, ziviler Oberwachmann bei den US-Streitkräften in Kaiserslautern, sowie ein von den Behörden namentlich nicht genannter Militär-Spion im Gebiet von Kaiserslautern aufgespürt.

Einen ebenfalls bisher namentlich nicht erwähnten Kontaktmann verriet die neunte Verdächtige, eine Sekretärin aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, als sie sich am 15. März bei der Bonner Polizei als Spionin meldete. Das Motiv der Sekretärin: „Nach der Aufdeckung des Falles Schultz war ich völlig mit den Nerven fertig.“

Die Aussicht auf Straffreiheit kann der Generalbundesanwalt mit Zustimmung des Oberlandesgerichts aufgrund Paragraph 153 d der Strafpro-

zeßordnung gewähren, wenn der Agent „nach der Tat sein mit ihr zusammenhängendes Wissen über Bestrebungen des Hochverrats, der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates oder des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit einer Dienststelle offenbart hat“.

Und nach Paragraph 98 des Strafgesetzbuches kann ein Gericht auf eine mildere Strafe erkennen oder von einer Bestrafung auch ganz absehen, „wenn der Täter freiwillig sein Verhalten aufgibt und sein Wissen einer Dienststelle offenbart“.

Vor der Novellierung des Strafschutzrechts im Jahre 1968 konnten Agenten, die sich selbst stellten, nur mit Straffreiheit rechnen, wenn die Spionagetätigkeit noch nicht von den Sicherheitsbehörden entdeckt war. Genschers Ministerialdirigent Karl Reuter: „Das war wohl etwas kleinlich gedacht. Jetzt jedenfalls wird der Mut, sich zu melden, prämiert, ohne daß es darauf ankäme, ob die Behörde schon Kenntnis hat.“

Genschers Appell ist freilich nicht neu: Schon vor zehn Jahren hatte sich der damalige Innenminister Gerhard Schröder mit einem Straffreiheits-Angebot an die Dunkelmänner gewandt. Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe erinnert sich, daß Schröders Appell wenig beachtet wurde. Bundesanwalt Norbert Oberle: Der Straffreiheitsparagraph erlangte „keine allzu große Bedeutung“.

Indes glaubt Genscher an das Gute in Spionen: „Ich bin sicher, daß sich Leute früher offenbaren, wenn sie merken, daß sie am Anfang einer Verstrickung stehen. Denen muß man helfen und zeigen: Es gibt für euch eine Chance.“

Immerhin, vorletzte Woche erhielt das Innenministerium bereits so interessante Anrufe und Briefe, daß es den Verfassungsschutz einschaltete. Genschers Ministerialrat Dr. Heinrich Freiherr von Lersner: „Ob tatsächlich dicke Fäden sichtbar geworden sind, kann man jetzt noch nicht sagen.“



Spionin Irene Schultz
„Meldet euch“



Studio-Hamburg-Chef Trebitsch
„Das wissen die Götter“

FERNSEHEN

STUDIO HAMBURG

Doppelter Salto

Vor dem Funkhaus des Norddeutschen Rundfunks (NDR) in Hamburg parkte in den letzten Wochen häufig ein schwarzer Mercedes 280 SE, Kennzeichen HH-TV 240. Kundigen NDR-Direktoren signalisierte das Auto Komplikationen: zwischen der NDR-Intendanz und dem häufigen Besucher, Filmkaufmann Gyula Trebitsch, 55, Geschäftsführer der Atelier-Firma Studio Hamburg.

Trebitsch, gebürtiger Ungar und Unternehmer mit SPD-Mitgliedsbuch, feilschte mit NDR-Intendant Gerhard Schröder (SPD) an dessen Besprechungstisch, mit Schröder-Vize Ludwig Freiherr von Hammerstein-Equord (CDU) auf dessen Besucher-Couch. Strittig zwischen Trebitsch und den NDR-Chefs waren die Geschäftsbedingungen einer Transaktion, die Trebitsch selbst eingeleitet hatte: Übertragung des 80-Prozent-Anteils am Studio Hamburg von der NDR-Tochter Norddeutsches Werbefernsehen (NWF) auf Trebitsch, der bereits 20 Prozent besitzt.

Mit seinem Angebot, die NWF-Prozente zu übernehmen, hatte der Filmkaufmann Ende Januar den NWF-Aufsichtsrat beeindruckt. Neun von zehn Aufsichtsräten sahen darin einen gangbaren Ausweg aus einer verfahrenen Situation: Der von Schröder und Hammerstein geplante Verkauf von 35 Prozent Studio-Anteilen an die Axel Springer AG war an politischen Widerständen, vor allem in SPD und Gewerkschaften, gegen den NDR-Springer-Verbund gescheitert (SPIEGEL 6 1970).

Nach dem Placet der NWF-Aufsichtsräte schickte Schröder dem kaufwilligen Trebitsch einen Revers mit der Verkaufszusage, noch bevor der Wert der NWF-Anteile am Studio Hamburg durch Gutachter ermittelt